

Aktuelle Debatte:
Proteste und Regimewechsel
in Lateinamerika

Heterogene Protestzyklen in Lateinamerika

Editorial

Joachim Becker

In den letzten Monaten hat es eine heterogene Welle von Protesten in Lateinamerika gegeben: Einerseits richteten sie sich gegen etablierte Rechtsregierungen in Chile und Kolumbien, andererseits gegen die eher linksorientierte Regierung von Evo Morales. Und in Ecuador zielten sie gegen die rechtsgerichtete Politik des Staatspräsidenten Lenin Moreno, der ursprünglich mit einem Mitte-Links-Programm gewählt worden war. Auch die unmittelbaren Protestanlässe, die von Fahrpreiserhöhungen, über Austeritätsmaßnahmen bis hin zu Vorwürfen der Wahlfälschung reichten, waren eher heterogen. Trotzdem stellt sich die Frage, ob es nicht gemeinsame Faktoren gibt, welche die Entstehung ausgeprägter Protestzyklen in Lateinamerika begünstigt.

Instabilität durch Außenabhängigkeit

Eine langfristige Kontinuität der lateinamerikanischen Wirtschaftsgeschichte besteht, wie Luis Bértola und José Antonio Ocampo (2013: 313), in der Exportspezialisierung auf den Rohstoffexport und der Abhängigkeit von instabilen Kapitalzuflüssen. Die Zurichtung auf den Rohstoffexport erfolgte bereits in der Kolonialzeit. Den mit dem Rohstoffsektor verbundenen Kapitalgruppen kommt politisch auch heute noch ein starkes Gewicht zu. Speziell im Fall günstiger agro-ökologischer Bedingungen bzw. mineralischen Lagerstätten können sie erhebliche Differentialrenten lukrieren (Gudynas 2015: 210ff.). Die Rolle von Produktionstechniken und Arbeitsproduktivität wird durch die agro-ökologischen Bedingungen und Qualität der Lagerstätten stark relativiert. Auch unter Bedingungen eines stark liberalisierten Welthandels sind Peripherieländer beim Rohstoffexport beim Vorliegen entsprechender An- und Abbaubedingungen exportfähig. Gleichzeitig variieren Ausmaß und Muster der internationalen Rohstoffnachfrage und -preise markant. Der lateinamerikanische Kontinent hat seit seiner zwangsweisen Integration in die Weltmärkte verschiedene Rohstoffzyklen durchlaufen (Svampa 2019a: 7 f.). Besondere Bedeutung kommt dem Rohstoffsektor auch heute noch als Quelle von Deviseneinnahmen zu. Da Lateinamerika beim Import von Kapitalgütern und oft auch komplexen Industriegütern hochgradig importabhängig ist, stellt die Verfügbarkeit von Devisen eine „externe Restriktion“ oder auch einen Engpass für die Kapitalakkumulation dar. Die Devisenverfügbarkeit beeinflusst auch die industrielle Akkumulation. Der letzte starke Rohstoffzyklus des Subkontinents fiel in die Jahre von 2002 bis etwa 2013. Die Rezessionen bzw. Wachstumsverlangsamungen vieler lateinamerikanischer Ökonomien seit etwa 2013 stehen zum Teil in Zusammenhang mit dem Ende des Rohstoffzyklus.

Die Wachstums- und Akkumulationsmuster in Lateinamerika sind auch stark durch die Zuflüsse an Geldkapital beeinflusst. Phasen der Finanzialisierung der Zen-

trumsökonomien waren mit zunehmender Veranlagung von Geldkapital in Ländern der Semiperipherie verbunden. Seit dem späten 19. Jahrhundert sind so verschiedene Phasen stark steigender Auslandsverschuldung und nachfolgender Finanzkrisen in Lateinamerika zu verzeichnen (Becker 2007). Die bislang letzte internationale Finanzialisierungsphase begann in den 1970er Jahren. Sie führte auch in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern, vor allem dem Cono Sur, Brasilien und Mexiko, zu Formen abhängiger Finanzialisierung. Externe Kapitalzuflüsse stimulierten die Verschuldung von Privathaushalten, den Immobiliensektor, Konsum, Importe und, in geringerem Ausmaß, auch die inländische Produktion. Vielfach erfolgte die Binnenverschuldung in US-Dollar, was das jeweilige Finanzsystem extrem krisenanfällig bei rückläufigen Kapitalzuflüssen und darauf erfolgenden Währungsabwertungen machte. Von Mitte der 1990er Jahre bis 2002 erlitt Lateinamerika die letzte Welle schwerer Finanzkrisen. In einem Teil der lateinamerikanischen Länder erfolgte daraufhin eine zeitweise De-Finanzialisierung, auch wurde einige Puffer, wie erhebliche Devisenreserven, zur Minderung der Krisenanfälligkeit geschaffen. Doch hat sich in einigen lateinamerikanischen Ländern, speziell Argentinien und Venezuela, in den letzten Jahren die Verschuldungssituation erneut zugespitzt (vgl. Becker/Weissenbacher 2020).

In den Abhängigkeitsstrukturen Lateinamerikas ist eine hochgradige ökonomische Instabilität angelegt. Sie ist dort besonders ausgeprägt, wo eine sehr enge Spezialisierung beim Rohstoffexport mit einer starken Tendenz zur Auslandsverschuldung einhergeht. Für ein derartiges, extrem instabiles Muster ist Venezuela ein markantes Beispiel. Aktuell ist Venezuela am stärksten von einer ökonomischen Krise getroffen. Das venezolanische BIP schrumpft seit dem Jahr 2016 jährlich um deutlich mehr als 10%, für 2019 wird der dortige BIP-Rückgang auf 25,5% geschätzt. Die Krise in Venezuela ist durch das Sanktionspaket der USA, das speziell auf den für Venezuela strategisch wichtigen Ölsektor zielt, massiv verschärft worden (Weisbrodt/Sachs 2019). Beim Krisenextremfall Venezuela spielt mithin die Destabilisierungsstrategie der USA für das dramatische Ausmaß der Krise eine zentrale Rolle. Unter den größeren lateinamerikanischen Ökonomien zeichnet sich auch Argentinien seit 2014 durch wiederholte Kontraktionen des BIP aus. Insgesamt liegen die Wachstumsraten des lateinamerikanischen BIP seit 2014 bei maximal 1,2%. Für 2019 wird faktisch eine Stagnation mit einem Wachstum von 0,1% konstatiert (CEPAL: 120, Tab. A1.2).

Hohe Ungleichheit

Die ökonomischen Spezialisierungsmuster Lateinamerikas sind mit einer hohen sozialen Ungleichheit verbunden. Den dominanten Sektoren Lateinamerikas ist es gelungen, sich einen privilegierten Zugriff auf die Grundrenten zu sichern. Dies ist eine der zentralen Quellen der verfestigten Ungleichheitsstrukturen. Im Gefolge der ökonomischen Krisen der späten 1990er Jahre gelangten Mitte-Links-Kräfte in zahlreichen, aber nicht allen lateinamerikanischen Ländern an die Regierung. Oftmals vermochten sie einen größeren Teil der Grundrenten in Form von Royalties oder Steuern in das Budget zu lenken, Infrastruktur und Sozialpolitik auszubauen. Insofern kam es zu leichter Umverteilung finanzieller Mittel. Einige Mitte-Links-Regierungen, z. B. Uruguay, Brasilien, Argentinien, setzten auf eine Reformalisierung von Beschäftigungs-

verhältnissen. Insgesamt hatte die Rohstoffkonjunktur in den lateinamerikanischen Ländern stimulierende Effekte, die Beschäftigung und Löhne stiegen. Auch Rechtsregierungen lancierten z.T. Programme der (fokalisierten) Armutsbekämpfung. Nicht nur in den Ländern mit einer Mitte-Links-Regierung, sondern auch in Ländern mit Rechtsregierungen war zumindest von den frühen 2000er Jahren bis etwa 2014 eine gewisse Abmilderung der Einkommensungleichheit zu konstatieren (vgl. López-Calva/Lustig 2011). Tendenziell gingen allerdings die Ungleichheiten in Ländern mit (Mitte-)Links-Regierungen stärker zurück (Murillo 2019: 113). Besonders markant ist der Rückgang des GINI-Index in Bolivien von 0,612 auf 0,438 zwischen 2002 und 2018 (CEPAL 2019b: 22, Abb. 5). Seit dem wirtschaftlichen Abschwung ist dieser Prozess jedoch weitgehend zum Erliegen gekommen, teils ist, wie in Brasilien und Argentinien, auch eine Umkehrung der Tendenz hin zu einer erneuten Akzentuierung der Polarisierung erkennbar (vgl. CEPAL 2019b: 22, Abb. 5). Knapp unter einem GINI-Wert von 0,4 lagen unter lateinamerikanischen kapitalistischen Ländern nur Uruguay und Argentinien. Brasilien lag mit 0,540 weiter in der internationalen Spitzengruppe der Ungleichheit, die andinen Länder und Chile meist um die 0,45 (CEPAL 2019b: 22, Abb. 5.) Auch das sind im internationalen Vergleich sehr hohe Werte.

Die Entwicklung der Armutsquoten hängt eng mit dem Konjunkturzyklus zusammen. Sie waren nach der Krisenzuspitzung 1998-2002 auf einen sehr hohen Stand gestiegen. Mit der wirtschaftlichen Erholung und dem Ausbau der Sozialpolitik nahmen sie deutlich ab. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Subkontinents ab 2014 hat zu einer erneuten Zunahme der Armutsraten geführt (CEPAL 2019b: 17, Abb. 2).

Begrenzte Hegemoniefähigkeit

Die lateinamerikanischen Ökonomien sind nicht allein durch eine strukturelle Außenabhängigkeit, sondern teils auch durch die Artikulation verschiedener Produktionsweisen gekennzeichnet. Teils spielt primär auf Selbstversorgung bezogene Produktion eine Rolle. Entsprechend komplex ist die Klassenstruktur. Diese weist zudem sehr extreme Unterschiede im Zugriff auf materielle Ressourcen und Formen der Lebenshaltung auf. Der bekannte brasilianische Soziologe Francisco de Oliveira weist darauf hin, dass eine Gesellschaftsspaltung derart tief sein kann, dass „Herrschende und Beherrschte nicht mehr dasselbe Sinnggebungsfeld, dasselbe semantische Feld teilen“ (Oliveira 1998: 203). Diese Konstellation tritt im lateinamerikanischen Kontext krass konturiert dort auf, wo einem herrschenden Machtblock, der seine Wurzeln in den spanischen Kolonisatoren und den europäischen MigrantInnen hat und sich auf den europäischen Republikanismus beruft, einer Indigene Bevölkerung gegenübersteht, die fast ausschließlich den popularen Klassen zuzurechnen ist und durch das Konzept des Republikanismus unsichtbar gemacht und politisch faktisch stark exkludiert wird. Diese Konstellation wird im Hinblick auf die andinen Länder als eine Form fortgesetzter „Kolonialität“ diskutiert (vgl. z.B. Ganadarilla Salgado/Gómez Arredondo 2015).

Zudem sind die materiellen und finanziellen Ressourcen, auf die für Herrschaftsprojekte zurückgegriffen werden kann, relativ begrenzt und aufgrund der wirtschaft-

lichen Instabilität auch wenig verlässlich. Im lateinamerikanischen Kontext ist daher Hegemonie bestenfalls „unvollkommen“ (Oliveira 1998) oder, präziser, in ihrer gesellschaftlichen Reichweite ziemlich begrenzt (O'Donnell 1996: 35). Damit haben nicht-hegemoniale Strategien der Herrschaftssicherung eine relative hohe Bedeutung. In Krisensituationen tritt vor allem der offene Zwang in den Vordergrund, eine entsprechende Aufwertung erfahren dann die repressiven Staatsapparate, wie Militär, Polizei und Justiz (vgl. Becker 2008: 20f.). Sie haben oft eine besonders enge Bindung an den traditionell herrschenden Block, spezielle Rekrutierungsmuster und einen autoritär-repressiv geprägtes Korpsgeist. Für Gramsci (1991: 120) steht zwischen Konsens und Zwang eine Herrschaftssicherung über „Korruption-Betrug“. Der heutige Fachbegriff hierfür ist Klientelismus. Für politische Gefolgschaft werden bestimmte Vergünstigungen – wie Zugang zu Arbeitsplätzen oder Infrastruktur – gewährt. Hier stehen dann personalisierte, hierarchische Bindungsmuster im Vordergrund.

Entsprechend dieser strukturell angelegten Herrschaftsmuster identifiziert Boris (2019) dann auch Personenzentriertheit der Politik, Klientelismus, Korruption, Kurzfristigkeit der politischen Handlungsstrategien als Kernelemente der politischen Kultur Lateinamerikas. Sie sind nicht auf die politische Rechte beschränkt, sondern lassen sich auch bei den politischen Linkskräften – wenngleich mit einer beträchtlichen Variationsbreite – finden.

Entstehungsbedingungen von Protestbewegungen

Aus Tiefe der ökonomischen Krise, dem Ausmaß der sozialen Ungleichheit und der politischen Marginalisierung kann nicht auf das Entstehen von sozialen Protestbewegungen geschlossen werden. Der Entstehungsprozesse sind komplizierter, haben auch mit der Stärke bestehender sozialer Bewegungen und Anknüpfungspunkten im politischen Parteiensystem zu tun.

Starke ökonomische Krisenprozesse haben in den letzten 25 allerdings in vielen lateinamerikanischen Ländern sowohl um das Jahr 2000 herum als auch erneut seit etwa 2015 als Katalysator für soziale Protestbewegungen wie auch Regierungswechsel gewirkt. Um das Jahr 2000 herum desavouierten erneute Finanzkrisen in lateinamerikanischen Schlüsseländern neoliberale Politikmuster und die mit ihnen verbundenen Mitte-Rechts-Regierungen, in krasserer Fällen – wie Venezuela, Ecuador, Bolivien – auch das bestehende Parteien- und Verfassungssystem. Teils kamen (Mitte-) Links-Regierung, wie in Bolivien oder Ecuador, auf einer Welle sozialer Mobilisierung zu Wahlsiegen, in anderen Fällen, wie Brasilien oder Uruguay, lange nach deren Abflauen. Mit der Regierungsübernahme von linksorientierten Parteien veränderte sich deren Verhältnis zu den sozialen Bewegungen. Teils wurde diese kooptiert, teils bewahrten sich soziale Bewegungen bei bestehender Sympathie zur Linken substanzielle Autonomie gegenüber der regierenden Linken, teils kam es auch zu Konflikten (vgl. Jens/Pimmer 2015: 20). Zu einem der Kristallisationspunkte von Konflikten wurden große Bergbau- und Infrastrukturprojekte – mit besonderer Häufigkeit und Schärfe in den stark auf den Bergbau orientierten andinen Ländern (vgl. Gudynas 2015: 267ff.). In einigen Ländern, wie Brasilien, Uruguay und Argentinien, in denen die politischen Institutionen nicht massiv delegitimiert waren, fügten sich die Mitte-

Links-Regierung in die bestehenden Institutionen ein, in Ländern mit massiver Delegitimierung der alten politischen Ordnung, wie Venezuela, Bolivien, Ecuador, hingegen kam es zur Erarbeitung neuer Verfassungen, die über den bisherigen Republikanismus hinausgingen. Vielleicht am markantesten waren die Brüche in Bolivien und Ecuador, wo es um die verfassungsmäßige Verankerung eines „plurinationalen Staates“ ging. Speziell in Venezuela und Bolivien gab es von Anfang an militante rechte Gegenbewegungen, die auch putschistischen Charakter hatten und systematisch von außen, vor allem aus den USA, unterstützt wurden.

Die (Mitte-)Links-Regierung modifizierten die Akkumulationsmodelle nur sehr begrenzt, ermöglichten allerdings Teilen der popularen Klassen zumindest begrenzt einen sozialen Aufstieg und sicherten die Ärmsten besser ab. Die durch die (Mitte-)Links-Regierungen in Gang gesetzten Mobilitäts- und Verteilungsprozesse führten zu spezifischen Bindungs-, aber auch Entfremdungsprozessen. Das sei am Beispiel Brasiliens illustriert. Mindestlohnpolitik, Formalisierung der Arbeitsverhältnisse und Zunahme der Beschäftigung ermöglichten Teilen der ArbeiterInnenschaft eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation und den Aufstieg in stabilere Schichten der ArbeiterInnenschaft. Bei stabilisierten Arbeitsverhältnissen erlangten sie auch die Möglichkeit, günstiger an Kredite zu kommen. Ihr Konsumniveau stieg nicht zuletzt aufgrund steigender Verschuldung. Die Kredite an private Haushalte stieg von 14% des BIP auf 24,9% des BIP zwischen März 2007 und Dezember 2016 (Carvalho 2018: 25). Diese Art der Bindung an die PT-geführte Regierung beruhte stark auf relativem individuellen Aufstieg und Konsumverbesserung (Anderson 2019: 151). Gleichzeitig waren diese aufstrebenden Teile der ArbeiterInnen sehr verwundbar gegenüber der umschlagenden Konjunktur. Die Krise führte bei ihnen zur Entfremdung vom Partido dos Trabalhadores (PT), während dies bei den ärmsten Bevölkerungsgruppen, die weiterhin von der verbesserten Absicherung profitierten, nicht der Fall war. Mit dem Verlust der politischen Bindungen von aufstrebenden Teilen der popularen Klassen steht der PT auf der Linken sicher nicht alleine. Der Ablösungsprozess wird durch Krisen dann allerdings noch verschärft. Auch in Bolivien erlebte im Wirtschaftsaufschwung ein Teil der popularen Klassen, hier gerade auch mit indigenen Ursprüngen, einen sozialen Aufstieg (vgl. Villanueva Rance 2020). Auch hier entstanden Bindungen über verbesserte Konsummöglichkeiten. Subjektiv wurde dies oft als ein Aufstieg in die Mittelklasse – mit einer Distanzierung zum popularen (oder teils auch popular-indigenen) sozialen Ursprüngen – wahrgenommen (Villanueva Rance 2020: 134f.), obgleich von der Stellung in der Klassenstruktur aus einer marxistischen Sicht kaum von einer Mittelklassezugehörigkeit die Rede sein konnte.

Bereits früher verlor der PT an Unterstützung in der Mittelklasse, die beim ersten Wahlsieg von Luiz Inácio Lula da Silva noch stark für die Linke stimmte. Die Mittelklasse profitierte relativ wenig von der PT-Politik und verlor relativ gesehen an Verteilungspositionen (Carvalho 2018: 50f.). Sie orientierte sich zunehmend nach rechts. Speziell bei Teilen der etablierten, weißen Mittelklasse ist in lateinamerikanischen Gesellschaften mit deutlichen rassistischen Traditionen wie den andinen Ländern oder auch Brasilien eine scharfe Ablehnung der Öffnung von Förderungsmöglichkeiten für bisher diskriminierte Gruppen und auch von – oft eigentlich sehr vorsichtigen – Veränderungen der Geschlechterverhältnisse festzustellen. Die „traditionelle“, oft weiße bolivianische Mittelklasse war über die Aufwärtsmobilität bei Teilen der

oft indigenen popularen Klassen ebenfalls nicht erbaut (vgl. Villanueva Rance 2020: 123, 137). Für Murillo (2019) bringt dies ein sich verhärtendes „Status“-Bewusstsein zum Ausdruck. Das Resultat ist in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, darunter gerade auch Brasilien und Bolivien, eine scharfe Wendung nach rechts gewesen (vgl. Svampa 2019b). Der harten Rechten geht es um die Wiederherstellung überkommener Hierarchien in all ihren Dimensionen – Klasse, „Rasse“, Geschlecht.

Kristallisationspunkte für rechte bzw. sich nach rechts wendende Protestbewegungen waren auch auf politischem Gebiet zu finden. In Brasilien war die Verwicklung des PT in korrupte Praktiken, die eng mit den Allianzbildungen im strukturell korrupten brasilianischen Parlament in Verbindung standen, ein solches Moment (Anderson 2019: 55ff., 64, 114ff.). Von der politischen Rechten und ihren Medien wurden diese Fälle dann sehr einseitig aufgegriffen. Soziale und politische Momente – ursprünglich Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr, dann vor allem das Thema Korruption – waren zentrale Ansatzpunkte einer sozialen und politischen Mobilisierung von rechts in Brasilien, die sich vor allem auf die obere Mittelklasse stützte und den Rückhalt maßgeblicher Bourgeoisiefractionen hatte (vgl. Borrmann et al. 2019: 84ff.). In Bolivien spielte das politische Moment eine zentrale Rolle. Der bolivianische Staatspräsident Evo Morales strebte im Rahmen einer stark personalisierten Partei-strategie eine dritte Wiederwahl an, welche die von der MAS selbst auf den Weg gebrachte Verfassung ausschloss. Ein Referendum in der Frage verlor er knapp und öffnete sich dann die Option eines erneuten Antritts über ein Urteil des Verfassungsgerichts. „Viele Bolivianerinnen und Bolivianer“, so Robert Lessmann (2019: 7), „sahen das als autoritär und antidemokratisch an, die erneute Kandidatur von Morales galt als unrechtmäßig.“ Der erneute Antritt war auch im regierenden Movimiento al Socialismo (MAS) nicht unumstritten gewesen. Insofern ging Morales bereits geschwächt in die Wahlen. Das Wahlergebnis war knapp, sein Zustandekommen umstritten. Hier setzte dann die Mobilisierung der politischen Rechten an. Sie konnte sich auf existierende Mobilisierungsstrukturen stützen.

Für die linken sozialen Mobilisierungen gibt es strukturelle wie konjunkturelle ökonomische, gesellschaftliche und politische Faktoren. Prekäre Lebensverhältnisse, Kommerzialisierung zentraler Dienstleistungen (wie beispielsweise des Bildungswesens), uneingelöste Aufstiegsversprechen, die durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage endgültig platzen, sind der Hintergrund der chilenischen Mobilisierung gegen die Rechtsregierung. Anlass für ihre Verbreiterung waren – wie im Fall Brasilien – Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr, aber ihnen waren schon anhaltende soziale Mobilisierungen, beispielsweise der SchülerInnen, vorausgegangen. Auch hier nahmen die Proteste eine politische Richtung, kam doch die Forderung nach einer Reform der noch stark durch die Militärjunta geprägten Verfassung und einer Demokratisierung des Landes auf (vgl. den Beitrag von Johannes Jäger). Die soziale Lage und ihre Verschärfung durch Austeritätspolitik spielte auch in den stärksten Protesten in Kolumbien seit den 1970er Jahren eine Rolle, hier ging es zudem um eine wirkliche Einlösung des Friedensversprechens, das in dem Abkommen zwischen der Regierung und der linken Guerilla gegeben worden war, und durch die ausufernde Gewalt seitens der politischen Rechten gebrochen wird. Auffällig war die gesellschaftliche Breite der Mobilisierung bis hin zur recht wohlhabenden Mittelklasse (vgl. Calderón Castillo 2019).

Asymmetrische Durchsetzungschancen von links und rechts

Die sozialen Bewegungen von links haben oft nur schwache politische Verbündete und kaum Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren. Im Gegensatz zur politischen Mobilisierung in Chile in den 1960er und 1970er Jahren, die in den Versuch eines demokratischen Weges zum Sozialismus der Unidad Popular mündeten, herrscht in der derzeitigen sozialen Mobilisierung ein großes Misstrauen gegenüber den Parteien vor. Die kleine chilenische Linke hat Probleme, sich im Konflikt um die Modalitäten der Erarbeitung einer neuen Verfassung zu positionieren (vgl. Gudynas 2020 und den Beitrag von Johannes Jäger in diesem Heft). Auch in Kolumbien handelt es sich primär um eine Mobilisierung der sozialen Bewegungen. In beiden Fällen war die Reaktion der Regierung repressiv, wenngleich die chilenische Regierung sich zu punktuellen Konzessionen gezwungen sah.

In mehreren lateinamerikanischen Ländern hat die sich mobilisierende Rechte entscheidende Unterstützung aus den repressiven Staatsapparaten erfahren. In Brasilien schuf die rechte Mobilisierung ein Klima, dass den sich nach rechts wendenden Kräften im Kongress im Zusammenspiel mit der Justiz zunächst die Amtsenthebung der Staatspräsidentin Dilma Rousseff im Jahr 2016 und dann eine Ausschaltung von Luiz Inácio da Silva als aussichtsreichen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 2018 ermöglichten. Letztere bereitete – angesichts der Diskreditierung der traditionellen brasilianischen Rechtsparteien – dem Wahlsieg des ultra-rechten Kandidaten Jair Bolsonaro den Weg (vgl. Borrmann et al. 2019, Anderson 2019: 143ff.). Die Aufwertung der repressiven Staatsapparate, speziell des Militärs, wurde auch im Kabinett Bolsonaros augenfällig. Mehrere Militärs wurden von Bolsonaro in höchste Staatsämter berufen (Anderson 2019: 182ff.).

In Bolivien erzwangen Polizei und Militär in den Auseinandersetzungen um den Wahlausgang den Rücktritt von Morales und ebneten einer weit rechtsstehenden Interimsregierung den Weg, die offen eine Revanche gegen den „plurinationalen Staat“ ankündigte (vgl. z.B. Lessmann 2019, Boos 2020: 27f.). War die Absetzung von Dilma Rousseff eher als institutioneller Staatsstreich zu werten, gehorcht der Coup in Bolivien eher traditionellen Mustern. Der Rekurs auf die repressiven Staatsapparate war für die mobilisierungsfähige Rechte sowohl in Brasilien als auch in Bolivien für die (zumindest provisorische) Erringung der Staatsmacht ausschlaggebend.

In Venezuela hingegen konnte die Rechte bei ihrer Mobilisierung nicht die repressiven Staatsapparate auf ihre Seite bringen. Trotz katastrophaler Wirtschaftslage und starker Unterstützung aus den USA und Westeuropa war hier die Rechte bislang nicht erfolgreich (Natanson 2019).

Fallbeispiele Bolivien und Chile

Die asymmetrischen Handlungsbedingungen sozialer (und politischer) Mobilisierungen in Lateinamerika möchten wir anhand zweier Fallbeispiele – Bolivien und Chile – beleuchten.

Marie Jasser arbeitet die Hintergründe der gesellschaftlichen Polarisierung, Mobilisierung wie auch des Eingreifens von Polizei und Militär auf Seiten der politischen

Rechte in Bolivien heraus. Die Regierung von Evo Morales habe zwar eine neue Verfassungsordnung hervorgebracht und auch gestützt auf sprudelnde Rohstoffeinnahmen die soziale Ungleichheit abgemildert, aber auch der Staat des MAS habe sich durch klientelistische Praktiken hartes Vorgehen gegen soziale Proteste, die sich durch Bergbau- und Infrastrukturvorhaben richteten, wie auch durch die allmähliche Verengung von Spielräumen für indigene und feministische Bewegungen ausgezeichnet. Eine Erosion der MAS setzte also schon vor dem Konflikt vor den Wahlen ein. Gegen die MAS-Regierung sei es zu zunehmender Mobilisierung vor allem der neuen städtischen Mittelklasse gekommen. Das Eingreifen von Polizei und Militär in den Konflikt um den Wahlausgang wertet sei durchaus als Putsch. Das rechte Lager sieht sie in mehrere Fraktionen gespalten, wobei die besonders weit rechts stehende und rassistische Fraktion in dem Konflikt eine Protagonistinnenrolle einnimmt.

Im Fall Chiles steht eine Rechtsregierung stark unter Druck. Für Johannes Jäger haben die Erschöpfung der stark durch den Rohstoffexport getragenen Wachstumsdynamik die prekären Lebensverhältnisse schärfer zu Tage treten und die Hoffnung – oder eher Illusion – eines sozialen Aufstiegs platzen lassen. Damit kamen die neoliberalen Grundkonturen des Wirtschaftsmodells und die noch aus Zeiten der Militärdiktatur stammende Verfassung, die unter anderem den Rahmen für eine extreme Kommerzialisierung der sozialen Dienste (Gesundheit, Bildung) schuf, in den Fokus der Kritik. Der Anlass der breiten Protestwelle – Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Verkehr in der Hauptstadt Santiago de Chile – war klein, die aufgestaute Unzufriedenheit groß. Die Proteste seien vor allem in den ärmeren Vierteln und den Stadtzentren stark gewesen. Die Protestbewegungen sei stark dezentral und „ohne Kopf“. Für Johannes Jäger macht dieses Charakteristikum sie einerseits stark, da für die Rechtsregierung der Gegner diffus bleibt, andererseits sieht er hierin aber auch eine Begrenzung für die politische Durchschlagskraft. Die Distanz zu politischen Parteien sei sehr groß.

In Chile wie in Bolivien ist offen, wie die Konflikte letztlich ausgehen werden. In Bolivien stehen sich etwa ähnlich große Blöcke gegenüber, die Wiederholung der Präsidentschaftswahl dürfte unter ziemlich irregulären Bedingungen erfolgen. Die Repression seitens des bolivianischen De-Facto-Regimes ist sehr scharf (vgl. Boos 2020: 25, 29).

Ausblick

Die Rückkehr des Militärs (und der Polizei) auf die politische Bühne ist beunruhigend (vgl. Natanson 2019, Levitsky/Murillo 2020). Westliche Regierungen, speziell die US-Regierung, sind wieder stärker bereit, auch offen autoritäre Fraktionen der politischen Rechten in ihren Konflikten mit (Mitte-)Links-Kräften zu unterstützen. Besondere Bedeutung innerhalb Lateinamerikas kommt dem Rechtsruck in Brasilien zu. Die PT-geführten Regierungen in Brasilien hatten in Konfliktsituationen andere (Mitte-)Links-Regierungen in Südamerika gestützt und auch um Finden politischer Konfliktlösungen beigetragen. Die Regierung Bolsonaro ist hingegen eine Stütze für Kräfte der extremen Rechten in Südamerika.

Allerdings kann man nicht von einem allgemeinen Trend zum (Rechts-)Autoritarismus sprechen. In Ländern wie Mexiko, Argentinien und Uruguay ist es auf dem

regulären Weg von Wahlen zu Richtungswechseln gekommen – nach (Mitte-)Rechts in Uruguay, nach Mitte-Links in Mexiko und Argentinien. Die politische Ausrichtung ist in Lateinamerika nicht einheitlich und bleibt umkämpft.

Literatur

- Anderson, Perry (2019): *Brazil Apart 1964–2019*. London/New York.
- Becker, Joachim (2007): El endeudamiento externo de América Latina: un resumen histórico. In: Becker, Joachim (Hg.): *El golpe del capital. Las crisis financieras en el Cono Sur y sus salidas*. Montevideo, 9–33.
- Becker, Joachim (2008): Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik*, 24(2), 10–32.
- Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (2020): Finanzielle Abhängigkeit. Über Auslandsverschuldung und ökonomische Außenorientierung der (Semi-)Peripherie. In: *Prokla*, 50(1), 69–88.
- Bértola, Luis/Ocampo, José Antonio (2013): *El desarrollo económico de América Latina desde la independencia*. México, D.F.
- Boos, Tobias (2020): Die zwei Bolivien. In: *Tagebuch*, Nr. 2, 24–29.
- Boris, Dieter (2019): Politische Kultur in Lateinamerika. Hintergründe, Wirkungen und Perspektiven. Supplement zur Zeitschrift „Sozialismus“, Nr. 7–8/2019
- Borrmann, Ricardo/Leubolt, Bernhard/Salles, Adriana (2019): Rechtsautoritarismus des 21. Jahrhunderts auf „brasilianisch“: Die „eiserner Hand“ des Tyrannen trifft der „stumme Zwang“ des Marktes. In: *Kurswechsel*, Nr. 2, 83–91.
- Calderón Castillo, Javier (2019): Ein historischer 21. November. In: *ila*, nr. 431, 48–49.
- Carvalho, Laura (2018): *A valsa brasileira. Do boom ao caos econômico*. São Paulo.
- CEPAL (2019a): *Balance preliminar de la economías de América Latina y el Caribe 2019*. Santiago de Chile.
- CEPAL (2019b): *Panorama social de América Latina 2019*. Santiago de Chile.
- Ganaderilla Salgado, José Guadalupe/Gómez Arredondo, David (2015): Kolonialität der Macht, Kolonialität des Staates und Eurozentrismus. In: Jense, Alke/Pimmer, Stefan (Hg.): *Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation*. Münster, 140–153.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Bd. I. Hamburg/Berlin.
- Gudynas, Eduardo (2015): *Extractivismos. Ecología, economía y política de un modo de entender el desarrollo y la naturaleza*. Cochabamba.
- Gudynas, Eduardo (2020): Las brutales tensiones del derrumbe de los políticos. In: *Rebelión*, 22. Jänner (www.rebelion.org/noticia.php?id=264720; 30.1.2020).
- Jense, Alke/Pimmer, Stefan (2015): Einleitung: Theoretische Perspektiven aus der „Peripherie“. *Der Staat und seine Transformation in Lateinamerika*. In: Jense, Alke/Pimmer, Stefan (Hg.): *Der Staat in Lateinamerika. Kolonialität, Gewalt, Transformation*. Münster, 11–31.
- Lessmann, Robert (2019): 37 Jahre Demokratie sind zu Ende. In: *lateinamerika anders*, Nr. 4, 7–9.
- Levitsky, Steven/Murillo, María Victoria (2020): La tentación militar en América Latina. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 285, 4–11.
- López-Calva, Luis F./Lustig, Nora (2011): La disminución de la desigualdad en América Latina: Cambio tecnológico, educación y democracia. In: López-Calva, Luis F./Lustig, Nora (Hg.): *La disminución de la desigualdad en América Latina. ¿Un decenio de progreso?* México, D.F., 11–42
- Murillo, María Victoira (2019): Democracia, intereses y estatus en América Latina. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 282, 110–120
- Natanson, José (2019): Tres conclusiones sobre el golpe contra Evo. In: *Pagina/12*, 12. November.
- O'Donnell, Guillermo (1996): *El estado burocrático autoritario. Triunfos, derrotas y crisis*. 2. Aufl. Buenos Aires.
- Oliveira, Francisco de (1998): *Os direitos do antivalor. A economia política da hegemonia imperfeita*. Petrópolis.
- Svampa, Maristella (2019a): *Neo-Extractivism in Latin America*. Cambridge.
- Svampa, Maristella (2019b): *Posprogresismos, polarización y democracia en Argentina y Brasil*. In: *Nueva Sociedad*, Nr. 282, 121–134.
- Villanueva Rance, Amaru (2020): Bolivia: la clase media imaginada. In: *Nueva Sociedad*, N. 285, 122–138.
- Weisbrot, Mark/Sachs, Jeffrey (2019): Punishing Civilians: U.S. Sanctions on Venezuela. In: *Challenge*, 62(5), 299–321.